

Rainer Heinrich:

**Das Beispiel Teilprivatisierung der
Berliner Wasserbetriebe
und was wir daraus lernen**

Kurzvortrag anlässlich des von der
Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) e.V.
am 17. Januar 2014
in der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
organisierten Symposiums
*Das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser
und sanitärer Grundversorgung umsetzen!*

Symposium

**Das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser
und sanitärer Grundversorgung umsetzen!**

**Freitag, 17.01.2014 in Berlin
12:00 bis 18:00 Uhr**

Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
Unter den Linden 78, 10117 Berlin, Großer Konferenzsaal

Rainer Heinrich: Das Beispiel Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe und was wir daraus lernen. Hrsg. v. Berliner Wassertisch/Muskauer Straße. Berlin, März 2014.

Download unter:

<http://berliner-wassertisch.info/wp-content/sonstige-dokumente/HEINRICH20140117.pdf>

Impressum

Herausgeber:

Berliner Wassertisch/Muskauer Straße
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
<http://berliner-wassertisch.info>

Satz und Layout:

Johanna Söhnigen



Sehr verehrte Damen und Herren,

zunächst werde ich auf den Stand der Rekommunalisierung der 1999 teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe eingehen. Danach werde ich Schlaglichter auf drei unserer Erfahrungen werfen und zum Schluss darauf eingehen, was wir als Bürgerinitiative Berliner Wassertisch (www.berliner-wassertisch.info) gelernt haben und was nach unserer Ansicht ebenso zur Umsetzung des *Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung* notwendig ist.

1. Teilprivatisierung und Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe

Die meisten von Ihnen werden wissen, dass es im Februar 2011 den bisher einzigen erfolgreichen Volksentscheid in Berlin gab. Die Berlinerinnen und Berliner erzwangen damals ein Gesetz, mit dem die Teilprivatisierungsverträge der Berliner Wasserbetriebe offengelegt werden mussten.¹ Bei der Offenlegung sollte es jedoch für den Berliner Wassertisch als Initiator des Volksbegehrens nie bleiben. „*Wir wollen unser Wasser zurück*“ war der Slogan, mit dem wir für den Volksentscheid geworben haben, und die Berlinerinnen und Berliner haben ein klares Votum abgegeben: Wasser gehört zur Daseinsvorsorge und darf nicht privaten Profitinteressen dienen.

Die Wasserkonzerne RWE und Veolia haben inzwischen ihre Anteile an den Wasserbetrieben an das Land Berlin verkauft. Die Teilprivatisierung, die mittlerweile selbst die damals verantwortlichen Parteien SPD und CDU als „*misslungen*“ bezeichnen, ist damit rückgängig gemacht worden.

Das ist ein großer Erfolg – aber leider nur ein Teilerfolg. Von der ebenfalls geforderten Transparenz und Bürgerbeteiligung kann keine Rede sein. Noch leiten die von den Privaten eingesetzten Vorstände die BWB.² Zur Refinanzierung des überteuerten Rückkaufs³ führen sie gegenwärtig ein neoliberales „Optimierungsprogramm“ (NEO) auf Kosten der Beschäftigten durch.⁴

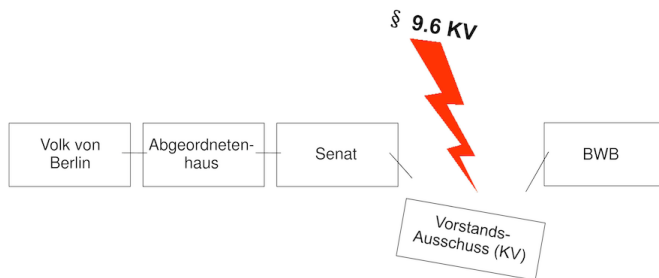
Teilprivatisierung und Rekommunalisierung der BWB

1999	CDU-/SPD-Koalition verkauft 49,9 % der BWB an Konzerne RWE und Vivandi (heute Veolia)
13.02.2011	Volksentscheid: 98,2% für „Offenlegung der Geheimverträge“
13.03.2012	Volksgesetz tritt in Kraft
30.10.2012	RWE verkauft seine Anteile
02.12.2013	Veolia verkauft seine Anteile = BWB sind wieder 100% kommunal

Noch steht auch die juristische Aufarbeitung der dubiosen Teilprivatisierung am Anfang. Dem Anschein nach lief die 1999 von CDU und SPD durchgeführte Teilprivatisierung nach demokratischen Spielregeln ab. Tatsächlich aber verstieß sie gegen rechtliche und demokratische Grundsätze. Die Privatisierungsverträge hebelten beispielsweise in dreister Weise ein Verfassungsgerichtsurteil aus, das die garantierte Rendite der Privaten einschränkte. Die betriebliche Führung lag trotz Minderheitsbeteiligung allein bei den Konzernen – einschließlich des hoheitlichen Abwasserbereichs. Auch wurde die demokratische Legitimationskette, die für ein öffentliches Unternehmen von der Verfassung vorgeschrieben ist, in den Geheimverträgen gekappt (s. Abb. unten links).⁵

Und nicht zuletzt: Das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses wurde durch die Gewinngarantie für die Konzerne in den Privatisierungsverträgen verletzt.⁶

Demokratische personelle Legitimationskette



Bei dem Volksentscheid ging und geht es um weit mehr als nur um einen „Verteilungskampf“ zwischen BürgerInnen und privaten Konzernen. Es geht genauso um die massive Aushöhlung und Verletzung von fundamentalen Rechts- und Verfassungsgrundsätzen wie dem Demokratie-, Sozial- und Rechtsstaatsprinzip, die hinter dem Schutz von Geheimverhandlungen, Geheimverträgen

und geheimen Schiedsgerichten von einer Allianz von Regierungsvertretern und Konzernen begangen werden.⁷ Das *Menschenrecht auf Wasser* wird mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben.

2. Unsere Erfahrungen im Berliner Wasserkampf

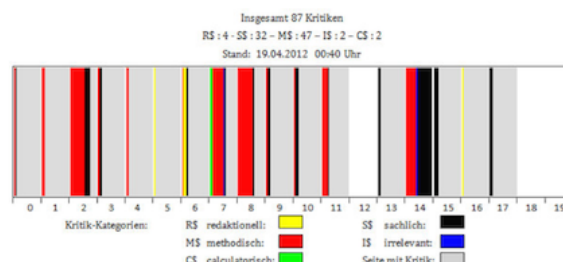
Für uns war es die bitterste Erfahrung des Volksentscheids, festzustellen zu müssen, dass die Institutionen, die die Bürgerinteressen eigentlich vertreten sollen, vollkommen versagt haben. So konnte sich nicht eine der Fraktionen des Abgeordnetenhauses dazu entschließen, das Offenlegungsgesetz zu unterstützen – ein Gesetz, das schließlich mit einer Mehrheit von 98,2 % der Abstimmenden angenommen wurde.⁸

Auch der Beirat der Berliner Wasserbetriebe, eine Institution, die das Unternehmen – ich zitiere: „in allen Fragen [berät], in denen die Aufgaben der Anstalt des öffentlichen Rechts das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge berühren“⁹, wurde seiner Aufgabe nicht gerecht. Obwohl dem Wasserbeirat neben klassischen Unternehmenslobbyisten wie der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) auch Gruppierungen der Zivilgesellschaft – so der Berliner Mieterverein und das Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin – angehören, hat sich das Gremium offensichtlich als wirkungsloses Instrument zur Durchsetzung der Bürgerinteressen erwiesen. Mehr als die klassische „Alibifunktion“ kann ihm im Rückblick nicht zugesprochen werden.

Ein weiteres massives Hindernis für uns war die Instrumentalisierung wissenschaftlicher Institutionen. Ein Gutachten von Dr. Mark Oelmann, das die Konzerne in Auftrag gegeben hatten, feiert die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe als Erfolgsgeschichte und leugnet die Gewinngarantie der Privaten.¹⁰

Ein anderes Gutachten zu den Aussichten einer Rekommunalisierung hat die IHK – Mitglied des Wasserbeirats – bei Professor Dr. Joachim Schwalbach, damals noch Leiter des Instituts für Management der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Humboldt-Universität, in Auftrag gegeben.¹¹ Dieser Gutachter ist jedoch kein Unbekannter: Die TAZ hat in einer Artikelserie aufgedeckt, dass Schwalbach bereits ein Gefälligkeitsgutachten für die Atomlobby angefertigt hatte.¹² Auch hier hat er die Erwartungen der IHK erfüllt:

SCHWALBIswag (angelehnt an Gutfenplag)



Eine kritische Auseinandersetzung mit dem **IHK-Gutachten** "Kosten und Nutzen der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe"

In Auftrag gegeben von der IHK Berlin. Erstellt von: Prof. Dr. Joachim Schwalbach (Institut für Management, Humboldt-Universität Berlin), Dr. Anja Schwerk (Institut für Management, Humboldt-Universität Berlin) und Daniel Smuda (Theron Advisory Group). Erschienen: 28. März 2011.

http://de.schwalbiswag.wikia.com/wiki/SCHWALBIswag_Wiki

Der Berliner Wassertisch hat zum IHK-Gutachten von Schwalbach im Internet ein Wiki eingerichtet („SCHWALBIswag“), das auf nahezu jeder Seite sachliche Fehler belegt (s. Abb. oben).¹³

Mit unserem SCHWALBIswag-Wiki und einer Veranstaltung zu *Gekauften Gutachten*¹⁴ im TAZ-Café (s. Abb. rechts) haben wir es tatsächlich erreicht, dass das IHK-Gutachten in der medialen Versenkung verschwand. Ein entsprechendes universitäres Gegengutachten konnten wir jedoch wegen Geldmangel nicht in Auftrag geben.

Schließlich hatten wir mit der mangelnden und oftmals einseitigen Berichterstattung zu kämpfen. Eine derart geschlossene Front von Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft ist jederzeit in der Lage, die Glaubwürdigkeit einer Bürgerinitiative – zumindest im Bereich der etablierten Medien – zu erschüttern. Dies ist nicht nur unsere eigene Einschätzung. Nach dem Volksentscheidserfolg hat bspw. die Berliner Morgenpost selbstkritisch geschrieben, dass „die Medien die Gruppe lange wenig ernst nahmen.“¹⁵



Berliner Wassertisch

Gekaufte Gutachten

*Hat die Zivilgesellschaft noch Zugang zur Ressource Wissen?
Oder monopolisieren Konzerne über Drittmittel und Stiftungsprofessuren die universitäre Expertise?*

Einladung

zu einem Diskussionsabend mit Vertretern von
Wissenschaftsverbänden und dem Berliner Wassertisch

27. März 2012, 19:00 Uhr
taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23, Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

Es diskutieren:

Dr. Meyer-Guckel, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Martin Kaul, taz-Bewegungsredakteur
Reiner Braun, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)
Torsten Bultmann, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
Rainer Heinrich, Dipl.-Kfm., Berliner Wassertisch

Moderation:

Christian Füller, taz-Bildungsredakteur



www.Berliner-Wassertisch.info  **taz. die tageszeitung**

Wir haben versucht, eine Gegenöffentlichkeit zu installieren. Der Wasserpresseblog hat einen Teil der Presseberichterstattung zum Wasservolksbegehren ausgewertet und kommentiert (s. Abb. unten).¹⁶ Jedoch ist die Reichweite eines solchen „Watchblogs“ nicht mit der etablierter Medien vergleichbar. Auch hatten wir nicht die finanziellen Mittel, die Öffentlichkeit – wie die BWB – über eine millionenschwere Werbekampagne¹⁷ in ebendiesen Medien zu erreichen.



URL: <http://presseblog.blogsport.de/>

3. Fazit und Forderungen

Was haben wir gelernt? Wir haben zunächst gelernt: Eine kritische Öffentlichkeit ist durch nichts zu ersetzen. Institutionen haben nach unserer Erfahrung leider die Eigenschaft, nach einiger Zeit mit den Einrichtungen, die sie kontrollieren sollen, zu verkrusten. Sowohl unsere parlamentarischen Repräsentanten, die unsere Interessen im Allgemeinen vertreten sollen, als auch der Wasserbeirat, der sich für unsere speziellen Interessen bei den Wasserbetrieben einsetzen soll, waren nicht imstande, die offensichtlichen Missstände abzustellen. Wir haben daher die Überzeugung gewonnen, dass sich echte Demokratie nur bis zu einem gewissen Grad stellvertreterhaft in Institutionen herstellen lässt. Anstatt die Demokratie repräsentativ zu „simulieren“, gilt es daher, Demokratie zu stärken und zu „stimulieren“, das heißt: Auch die „kleinen“ Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, per direkter Demokratie wirksamen politischen Druck auf die repräsentativen Institutionen auszuüben.

Dazu müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen gegeben sein:

1. Einrichtungen der Daseinsvorsorge dürfen allein nach dem **Kostendeckungsprinzip** arbei-

ten. Werden sie einer Gewinnerzielungslogik unterworfen, führt dies regelmäßig dazu, dass am falschen Ende gespart wird und Missstände überhaupt erst entstehen. Dies gilt unabhängig davon, ob der Eigentümer privat oder öffentlich ist.

2. Bei den Einrichtungen der Daseinsvorsorge muss **vollständige wirtschaftliche Transparenz** herrschen. Dazu gehört, dass bspw. die Benchmarkings der Wasserunternehmen veröffentlicht werden, denn die Kontrolle von natürlichen Monopolen verlangt vergleichbare Parameter. Geheimverträge und geheime Schiedsgerichte etc. hingegen verhindern eine demokratische Kontrolle und gehören daher in diesem Bereich abgeschafft.

3. Bürgerinitiativen benötigen einen **Zugang zu wissenschaftlicher Kompetenz**. Die Universitäten werden von den BürgerInnen finanziert! Es kann nicht sein, dass wissenschaftliche Ressourcen allein den finanzkräftigen Konzernen oder ihren Unterstützern aus der Politik zur Verfügung stehen. Der Rückzug des letzten verbliebenen Anteilseigners Veolia erfolgte in dem Monat, als die Piratenfraktion eine Organklage gegen die geheime Gewinnngarantie eingereicht hatte. Diese Klage war jedoch nur möglich, weil der Wassertisch zuvor mit Hilfe einer großzügigen Geldspende eine fertige Klageskizze bei dem renommierten Verfassungsrechtler Professor Dr. Kirchberg in Auftrag geben konnte. Unserer Meinung nach darf jedoch ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung nicht von zufälligen Geldspenden abhängig sein. Sobald bestimmte Mindestvoraussetzungen, etwa eine Mindestzahl gesammelter Unterschriften, erreicht sind, müssen Bürgerinitiativen die Möglichkeit erhalten, Gutachten bei wissenschaftlichen Institutionen ihrer Wahl zu beauftragen.

4. Zuletzt benötigen auch die Bürger einen **Zugang zu den etablierten Medien**, damit sie eine vergleichbare Öffentlichkeit herstellen können, wie es der Koalition aus Wirtschaft und der mit ihr eng verbundenen Politik möglich ist.

Eine lebendige Demokratie braucht Bürgerengagement! Wenn das Menschenrecht auf Wasser kein Papiertiger bleiben soll, müssen die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger verbessert werden. Transparenz und Partizipation dürfen nicht allein in Alibi-Institutionen kanalisiert und „eingekrustet“ werden. Die demokratische Kontrolle muss für unsere Politiker immer unberechenbar, spontan und wirksam bleiben. Das setzt jedoch eine Infrastruktur voraus, die Initiativen aus der Bürgerschaft die nötige Effizienz und Kompetenz verschafft. Institutionelle Demokratie **Simulation** reicht nicht! Wir benötigen verbesserte Rahmenbedingungen zur Demokratie-**Stimulation**.

Rainer Heinrich ist Gründungsmitglied des Berliner Wassertischs und stellvertretender Pressesprecher. Er war außerdem Vertrauensperson des Volksbegehrens Unser Wasser.

Endnoten

¹ Gesetz für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom 4. März 2011. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin. 67. Jahrgang. 12. März 2011, <http://1.hh.de/UnserWasser2011>.

² Vgl. Berliner Wassertisch: „Rekommunalisierung“ à la SPD und CDU: Veolia- und RWE-Vertreter sollen Chefs des neuen Stadtwerks werden, (PM, 24.10.2013), <http://berliner-wassertisch.info/?p=3915>.

³ Aufgrund des überteuerten Rückkaufs haben der Verband Deutscher Grundstücksnutzer, der Bund der Steuerzahler Berlin und der Berliner Wassertisch am 17.1.2014 Strafanzeige gegen Finanzsenator Nussbaum wegen des Verdachts der Untreue gestellt, vgl. gemeinsame PM, 17.1.2014, <http://berliner-wassertisch.info/?p=4294>.

⁴ Vgl. Berliner Wassertisch: *Rekommunalisierung bringt Preissenkung. Aber wer bezahlt für die niedrigeren Wasserpreise?*, (PM, 20.11.2013), <http://berliner-wassertisch.info/?p=4083>.

⁵ Vgl. Rainer Heinrich: *Die Verletzung des Demokratiegebots bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe*. In: Schriftenreihe zur Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe. Hrsg. v. Berliner Wassertisch/Muskauer Straße. Heft 1. März 2012, <http://berliner-wassertisch.info/wp-content/schriftenreihe/SZR-Heinrich2012.pdf>.

⁶ Am 25. April 2013 hat die Fraktion der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus eine vom Berliner Wassertisch vorbereitete Organklage eingereicht. Vgl. *Klage gegen Wasserverträge fristgerecht beim Berliner Verfassungsgericht eingereicht!* (PM, 25.4.2013), <http://berliner-wassertisch.info/?p=3001>; *Piraten setzen Forderung des Volksentscheids um!* (PM, 16.4.2013), <http://berliner-wassertisch.info/?p=2972>.

⁷ Vgl. Siegfried Brok: *Wasser, Gas, Strom ... Warum Privatisierung kein Allheilmittel ist oder sogar die Demokratie gefährden kann*, In: SZR, Heft 2, Februar 2013, <http://berliner-wassertisch.info/wp-content/schriftenreihe/BROSS-SZR2013.pdf>, *Krankenhäuser – kommerzielle Wirtschaftsbetriebe oder Teil der Daseinsvorsorge des Staates?*. In: SKD, Heft 3, Januar 2014, <http://berliner-wassertisch.info/wp-content/schriftenreihe/BROSS-SKD2014.pdf>.

⁸ Vgl. Bericht der Landesabstimmungsleiterin: *Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben am 13. Februar 2011*, https://www.wahlen-berlin.de/historie/Abstimmungen/Landeswahlleiterbericht_VE11.pdf (pdf).

⁹ Berliner Wasserbetriebe: Beirat, <http://www.bwb.de/content/language1/html/2803.php>.

¹⁰ Dr. Mark Oelmann u. a.: *10 Jahre Wasserpartner Berlin. Eine Bilanz der öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen dem Land Berlin, RWE Aqua und Veolia Wasser*. 2009, <http://www.veoliawasser.de/sites/default/files/PDFs/10JahreWasserpartnerBerlin-kurz.pdf>.

¹¹ IHK Berlin: *Kosten und Nutzen der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe*. Kurzgutachten von Professor Dr. Joachim Schwalbach, Dr. Anja Schwerk, Daniel Smuda (Theron Advisory Group), 28. März 2011, <http://www.theron.com/downloads/20-Gutachten-Wasserpreise-data-Theron.pdf>.

¹² Vgl. z. B. Martin Kaul: *Interne Dokumente der Atomlobby. Professor Dankeschön*. In: taz, 20.10.2011; <http://www.taz.de/!80791/>.

¹³ SCHWALBIs wag Wiki, http://de.schwalbiswag.wikia.com/wiki/SCHWALBIs wag_Wiki.

¹⁴ Podiumsdiskussion: *Gekaufte Gutachten. Hat die Zivilgesellschaft noch Zugang zur Ressource Wissen? Oder monopolisieren Konzerne über Drittmittel und Stiftungsprofessuren die universitäre Expertise?*, Veranstaltung Berliner Wassertisch/taz am 27. März 2012, <http://1.hh.de/WT20120327>.

¹⁵ Joachim Fahrn u. Daniel Müller: *Volksentscheid. Die Wasserkrieger*. In: Berliner Morgenpost, 12.10.2011, <http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1543099/Die-Wasserkrieger.html> (kostenpflichtig).

¹⁶ Berliner Wasserpresse. *Die online-Berichterstattung zum Berliner Volksentscheid am 13.2.2011 in Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Tagesspiegel und taz*, <http://presseblog.blogspot.de/>. Der Wasserpresseblog ist angelehnt an BildBlog (<http://www.bildblog.de/>).

¹⁷ Vgl. Infokampagnen der BWB: <http://www.bwb.de/content/language1/html/811.php>. Der Rechnungshof von Berlin kritisierte 2010 die Kampagnen der BWB. Er schreibt: „Der Rechnungshof beanstandet, dass der Aufwand der BWB für Imagekampagnen von insgesamt 4,4 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2008“ als „in hohem Maße unwirtschaftlich“ sei und „erwartet, dass die BWB künftig auf die Durchführung derartiger Imagekampagnen verzichten.“ (<http://1.hh.de/BerlRechnungshof2010> (pdf), S. 151).